






Auswertung Wahlprüfsteine von Pro Wildlife zur Wahl 2021

Wildtierhandel und -haltung regulieren



1. Unterstützt Ihre Partei die folgenden Forderungen, um den Handel mit und die Privathaltung von Wildtieren zu regulieren?
 - Positivliste
 - Importverbot für Wildfänge für die Privathaltung;
 - Verbot gewerblicher Tierbörsen und des postalischen Versands von Wildtieren über Online-Portale.




Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	~	<p>„CDU und CSU wollen unseriösen Tierhandel unterbinden. Es ist nicht akzeptabel, dass mit dem Leid der Tiere Geld verdient wird. Für Tierbörsen müssen verbindliche Mindeststandards definiert werden, die auch ein Verbot des Verkaufs von Wildfängen beinhalten. Zudem werden wir prüfen, ob gewerbliche Händler von der Teilnahme an Tierbörsen ausgeschlossen werden können. Genauso wollen wir den Verkauf von Wildfängen im Online-Handel unterbinden. Die Einführung einer Positivliste für die Tierhaltung lehnen wir aus rechtlichen und fachlichen Gründen ab. Für jede nicht auf der Liste aufgeführte Tierart müsste die Erforderlichkeit des Verbots belegt werden. Entsprechende Daten liegen dafür aber nicht vor und sind auch kaum valide zu erheben. Insofern versprechen wir uns hier nur einen geringen Tierschutzeffekt.“</p>
	~	<p>„In dem Koalitionsantrag 19/24645 („Schutz von exotischen Tieren bei Handel und Haltung verbessern – Ursachen für Pandemien bekämpfen“) setzen wir uns insgesamt dafür ein, dass der Wildtierhandel auf Tierbörsen und im Internet stärker reglementiert und besser kontrolliert wird sowie Spontankäufe möglichst vermieden werden. Darüber hinaus müssen die Landes- und Bundesbehörden finanziell und personell gestärkt werden, um den Markt besser kontrollieren zu können. Ein Verbot von Tierbörsen ist leider rechtlich nicht möglich. Wir setzen uns in unserem Antrag für ein Verbot des Verkaufs von Wildfängen auf Tierbörsen ein und wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, den Verkauf von Wildfängen im Online-Handel zu unterbinden.“</p>
	-	<p>„Für uns Freie Demokraten ist der Tierschutz ein hohes Gut. Deshalb setzen wir uns für eine wirksame Einfuhrkontrolle und einen rechtsstaatlich kontrollierten Handel mit Tieren ein. Wir wollen den Zoll stärken, um den illegalen Handel mit seltenen Arten zu beenden. Durch einheitliche und vereinfachte Regelungen im Wildtierhandel, am besten EU-weit, und einen effektiven Vollzug wollen wir das Ausweichen in den illegalen Handel verhindern. Seltene Arten stehen heute schon unter internationalem Schutz. Auch in Deutschland gibt es eine umfassende Gesetzgebung zum Schutz der Arten. Der Vollzug und die Überprüfung der Importe sind jedoch mangelhaft. Die zuständigen Vollzugsbehörden in Bund und Ländern benötigen neben einer angemessenen Ausstattung auch eine bessere Vernetzung untereinander sowie zusätzliche Fortbildungen und Informationsplattformen, um Zugang zu fehlenden</p>

		<p>Spezialkenntnissen des rechtsstaatlichen Artenschutzvollzugs zu erlangen. Eine Positivliste halten wir nicht für ziel führend, da sie unverhältnismäßig ist und die Gefahr besteht, dass dies zu einem schwer zu kontrollierenden grauen Markt führt. Dem Tier- und Artenschutz wäre damit nicht geholfen. Stattdessen wollen wir die Sachkunde von Tierhaltern fördern und auch verstärkt einfordern. In diesem Sinne sind wir offen gegenüber praktikablen Stufenmodellen, die für ausgewählte Tierarten je nach Höhe von Haltungsansprüchen und -risiken zusätzliche Informationspflichten für Tierhalter bis hin zu verpflichtenden Sachkundenachweisen und Fortbildungen bei zertifizierten Anbietern oder Amtstierärzten vorsehen. Viele Tierbörsen sind, wie auch zunehmend das Internet, durchaus ein Schauplatz für problematische Angebote, sowohl mit Blick auf illegale Wildfänge als auch auf Qualzuchten. Eine sinnvolle Herangehensweise im Sinne des Tier- und Artenschutzes kann aber auch hier nur in der verstärkten Kontrolle von Tierbörsen liegen und nicht darin, Tierbörsen gänzlich zu verbieten und entsprechende Handels- und Tauschvorgänge in die undurchsichtigen Strukturen eines grauen Marktes abgleiten zu lassen. Wir wollen deshalb im Bund die „Leitlinien zur Ausrichtung von Tierbörsen unter Tierschutzgesichtspunkten“ aktualisieren und setzen uns für eine bessere Kontrolle von Tierbörsen ein. So hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag zum Beispiel in einer Initiative gefordert, die Notwendigkeit zu prüfen, eine nationale Stelle einzurichten, um bei Kontrollen von kommerziellen Tierbörsen die Verantwortlichen zum Wohle von Mensch und Tier finanziell und personell zu unterstützen (BT-Drs. 19/24593).“</p>
	+	<p>„Ja, Wilderei und illegaler Wildtierhandel müssen bekämpft werden. DIE LINKE will auf EU-Ebene ein generelles Importverbot von Wildtieren für den kommerziellen Handel durchsetzen. Wir fordern die Einführung einer Positivliste für Tiere, die im Privathaushalt gehalten werden können. Eine Positivliste sollte Kriterien des Tier-, Natur- und Artenschutzes sowie des möglichen Gefahrenpotenzials gegenüber Menschen berücksichtigen. Der Import der Tiere sollte nach obengenannten Kriterien geprüft werden. Wir setzen uns für ein Ende des Handels von Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen ein, auch im Internet.“</p>
	+	<p>„Dem stimmen wir zu. Tiere brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Tierhaltung verbessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir eine besondere Verantwortung. Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen. Im Bereich der Wildtiere bedeutet das, dass wir Positivlisten für die Haltung von Tieren etablieren wollen, deren Privathaltung aus Tier-, Natur- und Artenschutzgründen, Gesundheits- und Sicherheitsaspekten unbedenklich und dauerhaft möglich ist. Gewerbliche Tierbörsen für Wildtiere wollen wir ebenso verbieten wie den Verkauf, Tausch und Versand lebender Wildtiere über Online-Portale.“</p>

Gesundheitsrisiken des Wildtierhandels verringern


2. Die Corona-Krise zeigt, wie eng eine intakte Umwelt mit der Gesundheit von Mensch und Tier verknüpft ist. Unterstützen Sie die Forderung nach einer strengeren Regulierung des Wildtierhandels, um das Risiko für eine weitere Pandemie, deren Erreger ursprünglich von Wildtieren stammt, zu verringern?





Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	~	<p>„Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der Handel mit Wildtieren und Wildtierprodukten das Risiko bergen kann, dass Krankheitserreger von Tieren auf Menschen überspringen und sich ausbreiten. Insbesondere illegale und unregulierte Wildtier- und Wildfleischmärkte können die Verbreitung von Zoonosen fördern. Wir setzen uns für die Stärkung des One-Health-Konzepts, das die Gesundheit von Mensch, Tier und Ökosystem gemeinsam betrachtet, ein. Die CITES-Konferenzen des Washingtoner Artenschutzabkommens sollten zum Beispiel auch dazu genutzt werden, den Aspekt der weltweiten Gesundheitsvorsorge mit in die Artenschutzmaßnahmen einzubeziehen. Wir unterstützen mit Nachdruck den Kampf gegen den Verlust der Biodiversität und gegen den Klimawandel, den Kampf gegen Wilderei und den illegalen Artenhandel. Die Regulierung und Kontrolle des Wildtier- und Artenhandels wollen wir insgesamt weiter verbessern. Gleichzeitig setzen wir uns auf Ebene der Vereinten Nationen für ein internationales Abkommen zur Bekämpfung von Wildtierkriminalität ein.“</p>
	~	<p>„Es wird davon ausgegangen, dass das Corona-Virus auf einem chinesischen Markt von einem Tier auf den Menschen überggesprungen ist. Auch das Vordringen der Menschen in vorher unberührte Naturräume erhöht das Risiko des Entstehens einer Zoonose. In beiden Fällen besteht die Gefahr einer pandemischen Ausbreitung des Virus von Mensch zu Mensch. Die Gefahr ist erkannt und international wird daher der „One-Health-Ansatz“ (Zusammenspiel von Mensch, Tier und Umwelt im Bereich Gesundheit) verfolgt. Die Internationale Allianz gegen Gesundheitsrisiken im Wildtierhandel (Wildtierhandelsallianz) wurde 2020 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, vom Umweltministerium und verschiedenen NGOs ins Leben gerufen. Ziel ist die erhebliche Verringerung des zoonotischen „Überspringens“ im legalen und illegalen Handel mit Wildtieren und Wildtierprodukten. Für ein Vorhaben in Vietnam stehen aktuell 17 Mio. Euro für die nächsten drei Jahre zur Verfügung. Wir unterstützen dieses Vorhaben ebenso wie eine Ausweitung auf andere Projekte. Aktuell hat sich China als Ausrichter der 15. Vertragsstaatenkonferenz über die Biologische Vielfalt bereiterklärt, seine Wildtiermärkte zu schließen. Es wird erwartet, dass auf der Konferenz Beschlüsse zur Vorsorge vor Zoonosen gefasst werden.“</p>

	~	<p>„Wir Freie Demokraten sehen die Gefahr von Erregern, die ursprünglich von Wildtieren stammen und auf Haustiere oder sogar den Menschen übertragen werden können. Deshalb wollen wir Human- und Veterinärmediziner sowie Halterinnen und Halter von Wildtieren für den Umgang mit Zoonosen schulen. Durch eine Registrierungspflicht sollen Tierhalterinnen und Tierhalter im Infektionsfall schnell und unkompliziert informiert werden. Wir Freie Demokraten wollen den „One-Health“-Ansatz stärken, der einen Austausch und die Zusammenarbeit von Akteuren der Humanmedizin, Veterinärmedizin und Umweltwissenschaften vorsieht und einen zentralen Beitrag zur Prävention leisten kann. Ein pauschales Verbot des Handels mit Wildtieren lehnen wir ab.“</p>
	+	<p>„Ja. Siehe Antwort auf Frage 1.“</p>
	+	<p>„Um die Verbreitung von gefährlichen Erregern und damit das Risiko von zukünftigen Pandemien zu verringern, setzen wir uns für eine Beschränkung des Handels mit Wildtieren ein. Wir wollen eine konsequente Bekämpfung des illegalen Handels, sowie die Eindämmung des legalen Wildtierhandels durch strengere Regulierungen. Dazu gehört, dass Deutschland sich auf EU-Ebene dafür einsetzt, dass Importe von Wildfängen in die EU grundsätzlich verboten werden und der Import von als Nachzucht falsch deklarierten Wildfängen nach Deutschland bekämpft wird. Die Einführung einer Positivliste, die auch gesundheitsrelevante Aspekte berücksichtigt, ist außerdem sinnvoll.“</p>

Einfuhr von Jagdtrophäen verbieten




3. Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach dem Verbot der Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Arten nach Deutschland und Angebote von Trophäenjagdreisen?

Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	-	<p>„CDU und CSU setzen sich weiterhin für eine stärkere Regulierung und Kontrolle der Trophäenjagd, verbunden mit einem entsprechenden Management der Tierbestände, auf internationaler und europäischer Ebene ein. Das beinhaltet auch sehr strenge Einfuhrregelungen.“</p>

	-	<p>Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) erteilt keine Einfuhrgenehmigungen für bedrohte Arten. Die geplante Einfuhr einer Jagdtrophäe nach Deutschland muss vor der Jagd beim BfN angemeldet und von ihm genehmigt werden. Deutschland ist bereits erfolgreicher Vorkämpfer für strengere Kontrollen dieser Jagd auf internationaler und EU-Ebene. So konnte auf der vorletzten Vertragsstaatenkonferenz von CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora) im Jahr 2016 gegen viel Widerstand durchgesetzt werden, dass alle Jagdtrophäen einer Ausfuhrgenehmigung unterliegen. Das heißt: Eine Ausfuhr wird nur zugelassen, wenn die Jagd den Arterhalt nicht gefährdet, d.h., wenn die Jagd sich nicht negativ auf den Bestand der Population auswirkt. 2014 hat Deutschland bereits auf EU-Ebene durchgesetzt, dass bei Jagdtrophäen sechs besonders problematischer Arten (Afrikanischer Elefant, Löwe, Eisbär, Flusspferd, Nashorn und Argali-Schaf) zusätzlich bei der Einfuhr noch einmal die Nachhaltigkeit überprüft wird.“</p>
	-	<p>„Wir Freie Demokraten wollen kooperative Ansätze zum Schutz bedrohter Tierarten in anderen Ländern stärken. Kontrollierte Jagden sind ein wichtiger Baustein für die Aufrechterhaltung von Artenschutzprogrammen in vielen Ländern. So werden Anreize geschaffen, Schutzgebiete festzulegen, wirksame Erhaltungsmaßnahmen zu finanzieren und Wilderei zu bekämpfen.“</p>
	+	<p>„Ja.“</p>
	+	<p>„Wir wollen die Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Arten nach Deutschland unterbinden und uns auch auf EU-Ebene für ein EU-weites Importverbot einsetzen.“</p>

(Ökologische) Agrarreform, um Artenverlust zu stoppen


4. Unterstützen Sie eine umfassende, konsequente und ökologisch ausgerichtete Agrarreform, um den Artenverlust durch die intensive Landwirtschaft zu stoppen?




Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	~	<p>„Unser Ziel ist eine vielfältige Agrarlandschaft. Wir sind bereits auf dem Weg - in Kooperation mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie. Im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) wird ein Anteil von 25 Prozent der Gelder aus der ersten Säule in Umweltmaßnahmen, die sogenannten Eco-Schemes, und ein Großteil der Gelder der zweiten Säule in Agrarumweltprogramme fließen. Die Ackerbaustrategie des BMEL werden wir zur Steigerung der Agrobiodiversität und der Entwicklung vielfältiger Fruchtfolgen praxisbezogen weiterentwickeln. Landwirte sollen mit Bewirtschaftungsformen, die auf die Artenvielfalt einzahlen, mit Agroforstsystemen, moorverträglicher Landwirtschaft, blühenden Pflanzen als Substrat für Biogasanlagen oder dem Eiweißpflanzenanbau, Geld verdienen können. Dafür werden wir die Voraussetzungen schaffen.“</p>
	+	<p>„Ja. Um Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der Ökosysteme zu begegnen, müssen die Agrarsubventionen von der ersten Säule in die zweite Säule zugunsten von Tier-, Natur- und Klimaschutz umgeschichtet und der ökologische Landbau ausgebaut werden. Zudem ist es wichtig, neben aller Förderung auch gezielt die Nachfrage nach nachhaltiger Lebensmittelerzeugung zu steigern. Dazu müssen Verbraucher*innen stärker für die Auswirkungen ihres Ernährungsverhaltens auf Klima und Ökosysteme sensibilisiert und der Zugang zu nachhaltig erzeugten Lebensmitteln und Mahlzeiten erleichtert werden. Ein Schlüssel ist die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung. Hier wollen wir den Anteil regionaler und ökologischer Lebensmittel deutlich steigern.“</p>
	-	<p>„Wir Freie Demokraten wollen Biotopie stärken und den regionalen Artenschutz mit einer Agrarpolitik mit Weitsicht statt immer mehr Regulierung und Bewirtschaftungsverböten für die Landwirtschaft voranbringen. Die Regionen in Deutschland sind so vielfältig, dass Natur- und Artenschutz nur gelingen kann, wenn sie vor Ort immer wieder neu interpretiert und entwickelt wird. Aus diesem Grund wollen wir Kooperationen von Naturschutzorganisationen und Landwirten stärken und den eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz als zentrales Instrument etablieren. Wir wollen Anreize schaffen, um gemeinsam mit kommunalen Körperschaften Biotopie und Biotopverbünde zu entwickeln. Das betrifft vor allem die Einbeziehung des Offenlands, aber auch Wälder und Gewässer. Dabei sollen insbesondere auch die Wanderungsbewegungen verschiedener Tierarten, wie es zum Beispiel schon bei Wildkatzenwegen geschieht, erleichtert werden. Dafür müssen wir den im Bundeshaushalt neu geschaffenen Wildnisfonds und die gewonnenen Flächen für die biologische Vielfalt aktiv nutzen. Die Landwirtschaft wollen wir durch ein Update der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU unabhängig von den Direktzahlungen machen.“</p>


	+	<p>„Ja, wir wollen die Fördergelder in der Landwirtschaft stärker an den Erhalt der biologischen Vielfalt und die insektenfreundliche Landwirtschaft binden. Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer Transportwege und industrielle Massenproduktion. Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln muss der Erhalt der biologischen Vielfalt ein stärkeres Gewicht bekommen. Glyphosat oder Neonicotinoide dürfen nicht mehr zugelassen werden. Den Ökolandbau sowie regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung wollen wir ausbauen.“</p>
	+	<p>„Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik der EU so reformieren, dass die Milliarden an öffentlichen Geldern nur für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden. Wir wollen, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden. Die Tierhaltung soll an die Fläche gebunden werden. Das schont Wasser, Boden und verringert Futtermittelimporte. Vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige Anbausysteme wie Agroforst wollen wir stärken. Weniger Pestizide sind ein wichtiger Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders umwelttoxische Wirkstoffe und von Glyphosat. Monokulturen und chemische Dünger führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden und Artenverlust. Mit unserer Agrar- und Entwicklungspolitik wollen wir eine globale sozial-ökologische Agrarwende fördern.“</p>

Meeresschutz stärken, Wal- und Delfinjagd verbieten

5. Werden Sie sich für einen konsequenten Schutz der Meere, einsetzen, einschließlich einer Reform der Fischereipolitik, des Ausbaus von Meeresschutzgebieten und konkreter „no-take-zones“ und eines Verbots der kommerziellen Jagd auf Wale und Delfine?



Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	~	<p>„Die Biologische Vielfalt unserer Meere und Küsten ist ein großer Schatz. Deshalb gilt es, den Schutz der Ost- und Nordsee sowie des Wattenmeeres gemäß der Europäischen Biodiversitätsrichtlinie unter Berücksichtigung der Fischerei zu verbessern. Gleiches gilt für die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Wir werden ein nationales Klimaanpassungsgesetz zur Daseins- und Zukunftsvorsorge einbringen, um den Folgen des Klimawandels an den Küsten und Meeren zu begegnen. CDU und CSU treten für einen umfassenden Schutz der Wale ein und lehnen den kommerziellen wie auch den sogenannten wissenschaftlichen Walfang entschieden ab. Wir unterstützen den gemeinsamen Standpunkt der EU für die Verhandlungen in der Internationalen Walfangkommission (IWC). Dieser beinhaltet die Beibehaltung des Moratoriums für den kommerziellen Walfang, Vorschläge mit dem Ziel der Einstellung des Walfangs zu wissenschaftlichen Zwecken, Vorschläge zur weiteren Regulierung des indigenen Subsistenzwalfangs und zur Ausweisung von Schutzgebieten für Wale.“</p>

	<p>~</p>	<p>„Der Zustand der Meere international, aber auch in Nord- und Ostsee, ist nicht sehr gut. Das hat auch zuletzt der Europäische Rechnungshof in seinem Sonderbericht festgestellt. Konkret genannt wird auch die Fischerei und die fehlenden bzw. die teilweise nicht effektiven Meeresschutzgebiete. Hier muss dringend mehr für den Meeresschutz getan werden, um die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie umzusetzen. Allerdings sind die Nutzerinteressen sehr stark. 1986 ist das Walfang-Moratorium in Kraft getreten, das bis heute Bestand hat. Dieses Moratorium wurde von einer breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag gefordert und unterstützt. Wir freuen uns, dass aktuell der Walfang aufgrund der geringen Nachfrage nach Walfleisch rückläufig ist und hoffen, dass der Walfang bald Geschichte ist.“</p>
	<p>~</p>	<p>„Für uns Freie Demokraten ist der Schutz der Meere eine Menschheitsaufgabe. Wir wollen eine nachhaltige Meerespolitik, die wirtschaftliche Nutzung, Umweltschutz und Sicherheit in Einklang bringt. Deutschland muss seine Vorreiterrolle international ausbauen. Das Meer liefert nicht nur Sauerstoff, Ressourcen und Energie, sondern ist auch ein wichtiger Klimaregulator. Gemeinsam mit den europäischen Partnern sollen im Meer befindliche Schadstoffe, wie etwa Kriegsmunition zeitnah geborgen beziehungsweise unschädlich gemacht werden. Wir wollen vorhandene Konzepte entschlossen umsetzen und innovative Lösungen entwickeln. Wir wollen jegliche Fischerei konsequent an den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Dabei sind Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität absolut gleichrangig zu sehen. Nur so kann die Fischerei ihre wichtige Rolle für die Welternährung auch in Zukunft spielen. Dazu wollen wir die Grundschieppnetz-Fischerei beschränken und Fangtechniken artenspezifisch anpassen, beispielsweise durch die Vergrößerung der Maschenweite von Fangnetzen. Beifang soll bei den Fangquoten angerechnet werden. Im Mittelpunkt des Delfin- und Walschutzes muss der Erhalt der vom Aussterben bedrohten Delfin- und Walarten stehen. Stress für bedrohte Arten bewirken die starke Verschmutzung der Meere, die es global einzudämmen und zu beseitigen gilt. Gesicherte Zahlen über anthropogene Schäden wollen wir besser ermitteln. Wir unterstützen Maßnahmen, die zur weiteren Erholung der weltweiten Bestände führen. Des Weiteren wollen wir den Aufbau eines effektiven Kontrollsystems fördern und internationales Inspektionssysteme stärken.“</p>
	<p>+</p>	<p>„Ja, DIE LINKE setzt sich für den Schutz der Meere vor Vermüllung und für den Erhalt der Biodiversität in den Meeren ein. Die Meeresschutzgebiete wollen wir auf 50 Prozent der Ozeane ausweiten. Die Meeresschutzgebiete müssen dabei ausreichend große Nullnutzungszonen enthalten. Die kommerzielle Jagd auf Wale und Delfine sollte weltweit eingestellt werden.“</p>

	+	<p>„Wir setzen uns für einen konsequenten und umfassenden Schutz der Meere, national wie international ein. Wir wollen die Überfischung beenden und uns dafür einsetzen, die europäische Fischereipolitik zu reformieren. Um die Fischbestände zu stabilisieren und Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben, wollen wir Fangquoten anpassen, Schonzeiten ausdehnen und die Umstellung der Fischerei auf umwelt- und artenschonende Fangmethoden erreichen sowie die regionalen Fischereibetriebe beim Aufbau von Alternativen durch umweltfreundliche touristische Angebote unterstützen. In Meeresschutzgebieten beenden wir aus Natur- und Klimaschutzgründen die Schleppnetz- und Stellnetzfisherei und sorgen dafür, dass die touristische Nutzung naturverträglich wird. Nutzungsfreie Meeresschutzgebiete sollen dafür sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann. Die kommerzielle Jagd auf Wale und Delfine gehört endlich weltweit verboten.“</p>
---	---	---

Handel von Elfenbein und Nashorn verbieten

6. Unterstützen Sie die Forderung nach einem lückenlosen Handelsverbot für Elfenbein und Nashorn?

Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	~	<p>„Ja. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass das internationale Verbot des Elfenbeinhandels nach den Washingtoner Artenschutzabkommen strikt durchgesetzt wird und gesetzliche Schlupflöcher geschlossen werden. Denn es sind die Lücken in einigen Staaten und Regionen, über die illegales Elfenbein aus schlimmer Wilderei in den dortigen legalen Handel eingeschleust wird. Obwohl die EU nicht als Problemregion in Bezug auf den illegalen Elfenbeinhandel gilt, setzen wir uns - wie jetzt von der Kommission vorgeschlagen - mit Nachdruck für ein komplettes Elfenbein-Handelsverbot auch innerhalb der EU ein (ganz beschränkte Ausnahmen für alte Musikgeräte und Antiquitäten), um Eindeutigkeit zu schaffen und ein entsprechendes Zeichen zu setzen. Wir wenden uns gegen jede Lockerung von Schutz- und Handelsbestimmungen und unterstützen die Erarbeitung von Elfenbeinaktionsplänen (NIAPs) in den von Wilderei und illegalem Elfenbeinhandel besonders betroffenen Staaten.“</p>
	~	<p>„Die SPD unterstützt, dass der kommerzielle EU-Elfenbeinmarkt bis auf wenige Ausnahmen geschlossen werden sollte. Auf EU-Ebene soll daher die (Wieder)-Ausfuhr von Rohelfenbein und auch von bearbeitetem Elfenbein verboten werden, um sicherzustellen, dass die EU mit ihrem Elfenbeinmarkt nicht zur Wilderei beiträgt. Auch in Bezug auf Nashörner und andere bedrohte Arten sollte international alles unternommen werden, was eine Lockerung der Handelsverbote verhindert. Eine entsprechende Position ist im parlamentarischen Antrag 19/10148 niedergelegt.“</p>

	-	<p>„Wir Freie Demokraten blicken mit Sorge darauf, dass die Wilderei auf Nashorn, Elefant und weitere Arten zugenommen hat. Wir wollen den illegalen Handel mit Wildtieren und Wildtierprodukten konsequent unterbinden. Dazu wollen wirksame und rechtstaatliche Einfuhrkontrollen stärken. Nationale Elfenbeinaktionspläne, zu denen sich viele Staaten verpflichtet haben, wollen wir auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kooperativ begleiten.“</p>
	+	<p>„Ja.“</p>
	+	<p>„Ja. Wir wollen uns sowohl für ein europa- als auch weltweites Verbot des Elfenbein und Nashornhornhandels einsetzen und fordern die konsequente Schließung der nationalen Elfenbeinmärkte.“</p>

Wildtierhaltung in Zirkussen und Delfinarien beenden

7. Unterstützen Sie die Forderung, die Haltung aller Wildtierarten in Zirkussen und anderen mobilen Einrichtungen zu verbieten sowie die Haltung von Delfinen in zoologischen Einrichtungen auslaufen zu lassen?





Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	-	<p>„Der Schutz der Tiere - sei es in der Nutz- oder Heimtierhaltung oder in der freien Wildbahn – ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Das gilt selbstverständlich auch für Tiere in Zirkussen. Insbesondere für große Wildtiere mit hohen Ansprüchen an den Lebensraum, stellt die Haltung im Zirkusbetrieb meist eine Belastung dar. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Haltung großer Wildtiere, wie Giraffen, Elefanten, Nashörner, Flusspferde, Primaten und Großbären, in Wanderzirkussen ausläuft.“</p>
	+	<p>„Überall in der Wildtierhaltung müssen die gleichen, wissenschaftlich begründeten Standards angesetzt und diese auch regelmäßig aktualisiert werden. Deshalb sollten für die Haltung in Zirkussen auch keine Ausnahmen von den Kriterien gemacht werden, die für Zoologische Gärten gelten. Eine Wildtierhaltung im Zirkus ist damit ausgeschlossen und muss mit einer geeigneten Übergangszeit beendet werden. Gleiches gilt auch für die Haltung von Delfinen.“</p>

	-	<p>„Wir Freie Demokraten wollen die Haltung von Wildtierarten in Zirkussen nicht pauschal verbieten. Wir sehen, dass die Haltung bestimmter (Wild-)Tierarten in Zoos und Zirkussen zweifelsohne sehr hohe Ansprüche stellt. Die für den Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständigen Landesbehörden sind gefragt, bei der Kontrolle von Zirkusbetrieben die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorschriften durchzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Haltung von Delfinen stets nach höchsten Standards erfolgt, ein striktes Haltungsverbot lehnen wir jedoch nicht zuletzt mit Blick auf Forschungstätigkeiten ab. Denn viele wichtige Forschungsprojekte in Zoos dienen dem Tierschutz in der freien Wildbahn.“</p>
	+	<p>„Ja.“</p>
	+	<p>„Gemeinsam mit Tierschützer*innen fordern wir seit langem ein Haltungsverbot wildlebender, nicht domestizierter Tierarten im Zirkus. Dadurch würde nicht nur der Tierschutz deutlich gestärkt, sondern auch der praktische Vollzug erleichtert. Wildtiere, insbesondere wildlebende Tierarten wie etwa Affen, Elefanten, Bären, Giraffen, Nashörner, Großkatzen und Flusspferde, erfahren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen durch mangelhafte Haltungsmöglichkeiten und den steten Transport an wechselnde Orte erhebliche Schmerzen, Leiden und Schäden. Daher wollen wir die Zurschaustellung von Wildtieren an wechselnden Orten verbieten. Eine artgerechte Haltung von Delfinen ist in deutschen Delfinarien nicht möglich. Wir unterstützen daher ein Ende des Haltens von Delfinen in Deutschland sowie ein Importverbot.“</p>

Pelztierfarmen und Einfuhr von Pelzen verbieten

8. Unterstützen Sie ein EU-weites Verbot von Pelztierfarmen und ein Einfuhrverbot für Pelze?

Partei	Positionierung	Stellungnahme im Wortlaut
	~	<p>„CDU und CSU setzen sich für ein europäisches Verbot der Pelztierhaltung ein. Unsere Bundeslandwirtschaftsministerin hat dazu bereits eine Initiative in der EU gestartet. Es gibt Defizite beim Tierschutz bei der derzeitigen Pelztierhaltung. Zudem hat sich bei Corona gezeigt, dass über Nerze Viruskrankheiten verbreitet werden können. In Deutschland sind wir bereits national vorangegangen. Die gesetzlichen Hürden haben wir so hochgelegt, dass es kommerzielle Nerzfarmen bei uns seit Jahren nicht mehr gibt. Es gibt in der EU schon ein Importverbot für Robbenfelle und Felle von Hunden und Katzen. Andere Pelzerzeugnisse müssen gekennzeichnet sein. Weitere Einfuhreinschränkungen müssen erwogen werden, wenn sicher davon auszugehen ist, dass Felle bestimmter Tierarten regelmäßig bzw. immer aus problematischer Haltung bzw. tierschutzwidrigen Jagdmethoden stammen.“</p>

	+	<p>„In der EU gibt es bereits ein Einfuhrverbot von Katzen- und Hundefellen. In Bezug auf Robbenfelle und -erzeugnisse bestehen weitgehende Beschränkungen des Inverkehrbringens. Es wäre im Sinne des Tier- und Artenschutzes sinnvoll, Pelztierfarmen EU-weit einzuschränken und auch Importe von Echtpelzen in die EU zu verbieten. Wichtig wäre auch, die Verarbeitung von Tierfellen in Kleidung besser kenntlich machen und dafür die Kennzeichnungspflicht nachzubessern.“</p>
	-	<p>„Wir Freie Demokraten fordern besser verzahnte Kontrollen beim Handel von Tierpelzen. Das 2016 in Kraft getretene Textilkennzeichnungsgesetz muss konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört, dass die behördlichen Zuständigkeiten für die einschlägigen Marktüberwachungsaufgaben effizient strukturiert werden. Nur so kann die Wirksamkeit des Gesetzes sowie die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten in der Fläche evaluiert und legaler von illegalem Handel unterschieden werden.“</p>
	+	<p>„Ja.“</p>
	+	<p>„Die nicht tiergerechte Haltung von Tieren in Pelztierfarmen verursacht immenses Tierleid. Darüber hinaus kann diese Art der industriellen Tierhaltung zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen gezeigt hat. Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung möglicher Zoonosen auszurichten. Wir wollen daher erreichen, dass die Tierhaltung in Pelztierfarmen in der EU beendet wird. Und wir setzen uns für ein Verbot des Inverkehrbringens sowie der Ein- und Ausfuhr von Echtfell sowie von Produkten, die solches Fell enthalten, ein.“</p>

+ So funktioniert ~ Richtung stimmt, aber zu wenig - Nicht ausreichend